

Beschluss des Landesvorstandes der FDP NRW vom 15. Mai 2023

Finanzierung der Frauenhäuser sicherstellen – Frauen vor häuslicher Gewalt schützen

Die Frauenhäuser in NRW und deren Organisationen sind auf bestehende Programme zur Finanzierung und Unterstützung aktiv hinzuweisen und durch eine Anlaufstelle im zuständigen Ministerium bei der Antragstellung von Fördermitteln zu unterstützen.

Es ist darauf hinzuwirken, Hürden und Bürokratie bei der Antragstellung zu reduzieren und die Verfahren zu vereinfachen.

Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass der bundeseinheitliche Rechtsrahmen für eine verlässliche Finanzierung von Frauenhäusern, wie im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vereinbart, zügig umgesetzt wird.

Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass Frauen, die nicht sozialleistungsberechtigt sind, aber ein Frauenhaus aufsuchen müssen und keinen Zugang zu finanziellen Mitteln haben, nicht selbst für ihre Unterkunft im Frauenhaus aufkommen müssen.

Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass für Kinder, die sich mit ihren Müttern in Frauenhäusern aufhalten, ausreichend Erzieher/innenstellen vorhanden sind, damit eine Betreuung für die Kinder zur Verfügung sichergestellt ist.

Die FDP NRW setzt sich dafür ein, dass die Anzahl der Schutzplätze sich nach dem tatsächlichen Bedarf richtet, wobei die Zahlen der Istanbul-Konvention als Richtwert zu sehen sind. Eine unabhängige Monitoring-Stelle überprüft regelmäßig die durchgeführten Maßnahmen.